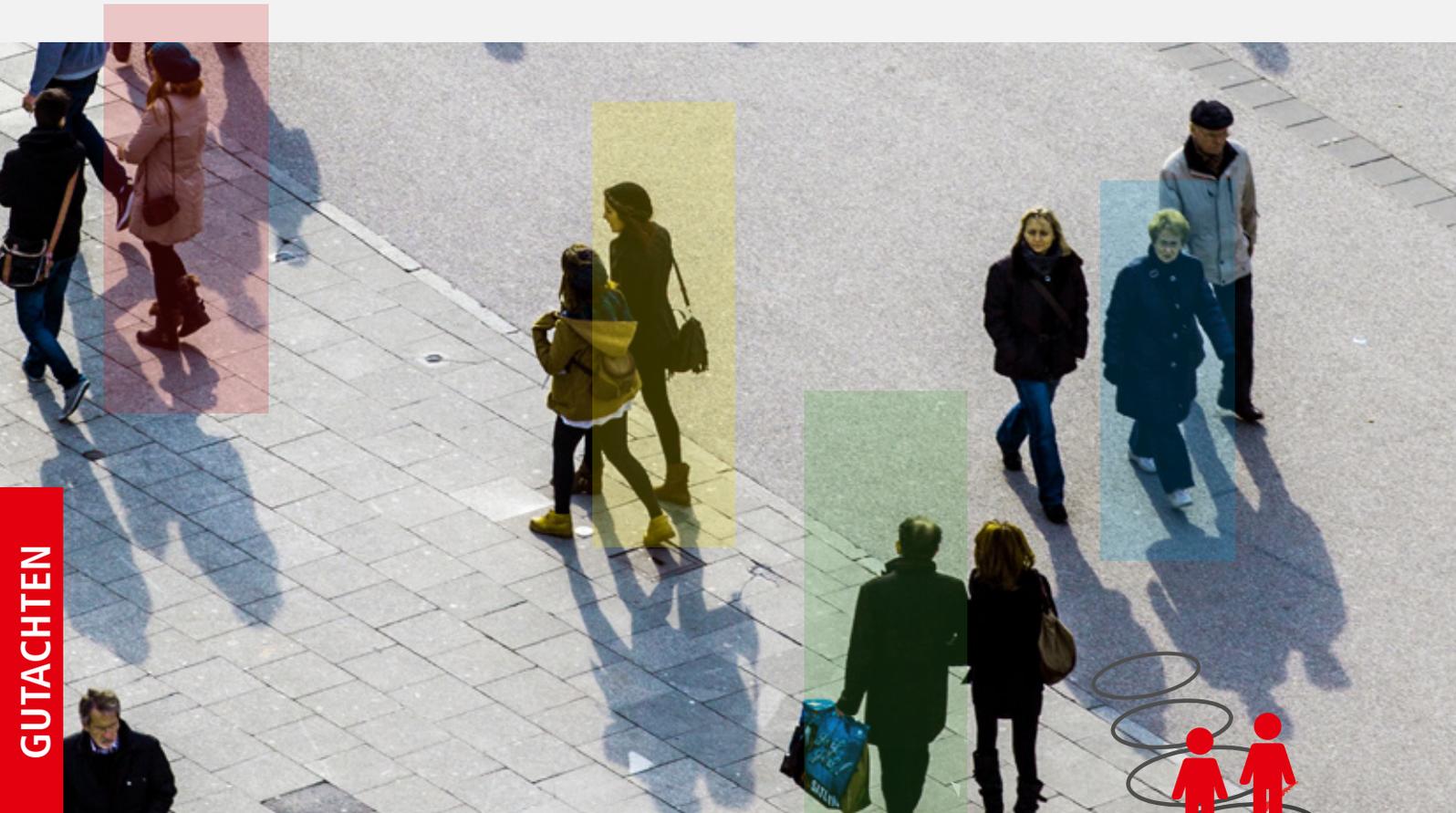


Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Einstellungsmuster und politische Präferenzen

Beate Küpper



GUTACHTEN

EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG

7

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

DEMOKRATIE
WÄHLE!
KANN MICH
KREUZWEISE

NICHTWÄHLER_INNEN



Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler

Einstellungsmuster und politische Präferenzen

Beate Küpper

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Impressum

ISBN 978-3-95861-700-1

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autorin

Beate Küpper

Lektorat

Barbara Hoffmann

Fotos

Meinzahn/istockphoto.de; maxoidos, Gina Sanders,
VRD/fotolia.com; kallejpp/photocase.de; pellens.de

Gestaltung

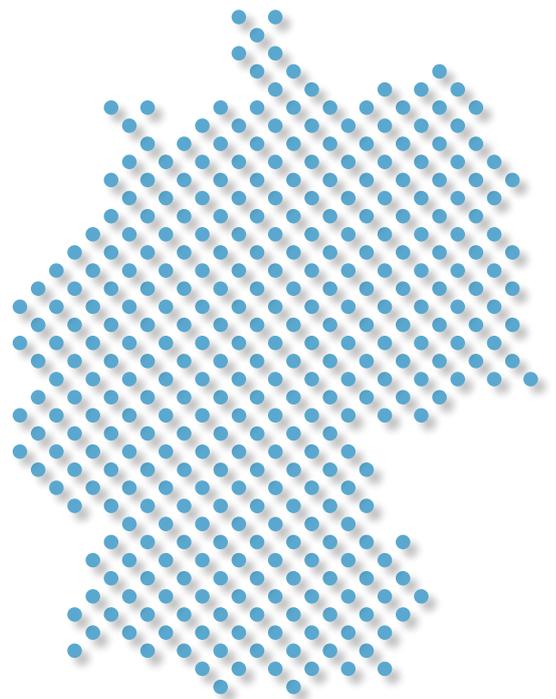
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2016 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

Einleitung	4
Was ist über Nichtwähler_innen bekannt?	5
Erreichbarkeit von Nichtwähler_innen in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage	6
Stichprobe und Erfassung von Einstellungen	8
Demographische Merkmale	8
(Relative) Deprivation	10
Politische Selbstverortung	12
Politische Machtlosigkeit und Demokratiemisstrauen	12
Sympathie mit der AfD	14
Politische Partizipation jenseits von Wahlen	15
Rechtspopulistische Einstellungen	16
Gewaltaffinität	19
Marktförmiger Extremismus	21
Zusammenfassung der Ergebnisse	22
Die Unentschlossenen	22
Erste Schlussfolgerungen	14
Literaturverzeichnis	26
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	27
Die Autorin	28

Einleitung

Seit den 1970er Jahren ist die Beteiligung an Wahlen deutlich zurückgegangen. Bei den letzten Bundestagswahlen im Jahr 2013 lag die Wahlbeteiligung nur noch bei knapp 72 Prozent, während 28 Prozent der Wahlberechtigten nicht zur Wahl gingen. Auch wenn bei den jüngsten Landtagswahlen in 2015 wieder etwas mehr Menschen zur Wahl gingen, so ist der Anteil jener, die ihre Stimme auch bei den großen Wahlen nicht abgeben, nach wie vor erheblich. Die niedrige Wahlbeteiligung, die damit in Deutschland auf dem Niveau anderer westlicher Demokratien angekommen ist, wird von einigen Beobachter_innen als „Normalisierungsprozess“ oder gar als ein Zeichen für Zufriedenheit angesehen. Manfred Güllner widerspricht in seiner Analyse von Nichtwähler_innen aus dem Jahr 2013 für die Friedrich-Ebert-Stiftung dieser These vehement und hebt hervor, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung in keiner anderen westlichen Demokratie mit Ausnahme Portugals in den letzten Jahrzehnten ähnlich dramatisch ist.

Unabhängig von der Bewertung ihres Rückgangs, weist die niedrige Wahlbeteiligung darauf, dass sich ganz offensichtlich viele Menschen von der politischen Partizipation über Wahlen verabschiedet haben. Auch wenn umstritten ist, inwieweit eine niedrige Wahlbeteiligung die Legitimität einer Demokratie schmälert, wirft sie für eine repräsentative Demokratie, die auf Beteiligung setzt, ein ganz grundsätzliches Problem auf, das nicht nur Parteien betrifft, sondern ggf. auch die demokratische Zivilgesellschaft als Ganzes. Dies gilt umso mehr, wenn die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung systematisch verzerrt ist und die Wählerschaft nicht mehr die Bürger_innen eines Landes repräsentiert. Dies ist in Deutschland in den letzten Jahren der Fall. Es gehen insbesondere Personen aus benachteiligten sozialen Lagen nicht wählen. Robert Vehrkamp kommt in seiner Analyse von 2015 für die Bertelsmann-Stiftung zu dem besonders alarmierenden Schluss, wonach „sozial benachteiligte Milieus bis zu einem Drittel unterrepräsentiert“ seien. Diesen Befund bestätigen die Analysen von Michael Kaeding und Stefan Haußner

(2016) in ihrem aktuellen Bericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung für verschiedene Bundesländer und auch andere europäische Länder. Diese systematische Verzerrung nährt den Verdacht, Nichtwähler_innen könnten sich nicht nur in ihrer sozialen Lage, sondern auch in ihrer politischen Meinung systematisch von Wähler_innen unterscheiden.

Aus der Sicht von Parteien stellen die Nichtwähler_innen zudem immer auch ein mögliches Wählerpotenzial dar bzw. sehen es die demokratischen Parteien auch als ihre Aufgabe an, Nichtwähler_innen für die politische Partizipation zurückzugewinnen. Auch dies wirft die Frage nach den politischen Haltungen der Nichtwähler_innen auf. Dies kann helfen, Antworten darauf zu finden, ob und wie Nichtwähler_innen angesprochen und zur Beteiligung an Wahlen gewonnen werden können. Begleitet ist die Frage nach den Haltungen von Nichtwähler_innen allerdings auch von der Sorge, Nichtwähler_innen – oder ein Teil von ihnen – könnten sich als mindestens demokratiekritisch oder als rechtspopulistisch eingestellt herausstellen und sich, wenn sie denn zur Wahl gehen würden, für eine Partei am Rande oder sogar außerhalb des demokratischen Spektrums entscheiden. Erste Analysen von Wählerwanderungen deuten darauf hin, dass es der von vielen Politikwissenschaftlern als rechtspopulistisch eingeschätzten Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) tatsächlich bei den letzten Landtagswahlen gelungen ist, Nichtwähler_innen für sich zu aktivieren.

Welche politischen Meinungen vertreten also die Nichtwähler_innen? Der Bericht geht dieser Frage anhand vorliegender Daten der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2014 nach, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (Zick/Klein 2014). Im Fokus stehen politische Einstellungen zu Demokratie und Parteien sowie mögliche rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen. Die Einstellungen der selbst erklärten Nichtwähler_innen werden jeweils mit denen der erklärten Wähler_innen verglichen. Ergänzend wird jeweils auch ein kurzer Blick auf die noch Unentschlossenen geworfen.

Was ist über Nichtwähler_innen bekannt?

Die hier vorgestellten Befunde ergänzen eine Reihe von Analysen, die mittlerweile über Nichtwähler_innen durchgeführt wurden. Bekannt und bereits angesprochen ist, dass unter den Nichtwähler_innen deutlich mehr Personen unterer sozialer Schichten, d. h. mit vergleichsweise niedrigerer Schulbildung, geringerem Einkommen und Berufsstatus bzw. häufigerer Arbeitslosigkeit anzutreffen sind (u. a. Güllner 2012; Vehrkamp 2015; Faas 2010; Kaeding/Haußner 2016).

Durch die gezielte Befragung von Nichtwähler_innen, die Manfred Güllner für die Friedrich-Ebert-Stiftung 2012 durchgeführt hat, ist inzwischen auch mehr über ihre konkreten Einstellungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem politischen System bekannt. Demnach sind Nichtwähler_innen – nach eigener Aussage – durchaus politisch interessiert und informiert. Es sind überwiegend politische Gründe, aus denen heraus sie sich der Wahl enthalten – sie äußern eine hohe Unzufriedenheit mit der derzeitigen Politik und besonders der Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Beklagt wird, dass Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen, Nöte und Ängste der „kleinen Leute“ hätten. Nach Einschätzung der Nichtwähler_innen würde eine Politik, die sich mehr um die Bürger_innen kümmert, die Wahlbereitschaft erhöhen. Viola Neu hat in einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung zudem die geringe Bindung an Parteien und das geringer ausgeprägte Gefühl der „Wahl als Bürgerpflicht“ belegt.

Deutlich wird in diesen Studien aber auch, dass Nichtwähler_innen keineswegs eine homogene Gruppe sind. Während einige nur sporadisch nicht wählen gehen und sich eher als „Wähler im Wartestand“ (Güllner 2013) verstehen, lassen sich andere als dauerhafte Nichtwähler_innen kennzeichnen. Je häufiger und dauerhafter Befragte nicht zur Wahl gehen, desto größer scheint ihr Unmut über das politische System und Politiker ausgeprägt. Während die einen der von ihnen bis dato präferierten Partei durch ihre Wahlverweigerung vor allem einen gezielten „Denkzettel“ verpassen wollen, sehen die anderen keinen Sinn mehr im Wählen-Gehen und lassen sich als politisch entfremdet charakterisieren (Neu 2012). Etliche fühlen sich durch keine der Parteien vertreten, sind insgesamt mit dem gesellschaftspolitischen Kurs und dem demokratischen System unzufrieden oder lehnen es gar ganz ab. Hier versammeln sich sowohl erklärte Protest-Nichtwähler_innen als auch die eher unspezifisch gesellschaftspolitisch Unzufriedenen. Und es gibt unter den Nichtwähler_innen auch Personen, die ganz allgemein politisch nicht interessiert sind und der Wahlentscheidung nur eine geringe Bedeutung für das eigene Leben zuschreiben. Ein kleiner Teil der Nichtwähler_innen geht auch deshalb nicht zur Wahl, weil er dies nicht für nötig befindet, solange er mit der politischen Lage zufrieden ist (Neu 2012). Die Nichtbeteiligung an Wahlen kann demnach also sowohl Ausdruck eines gezielten Prozesses sein als auch eine allgemeine politische Unzufriedenheit oder Politikferne widerspiegeln oder beides geht ineinander über. Die vorliegende Analyse ergänzt diese Analysen mit einem Blick insbesondere auf gesellschaftspolitische Einstellungsmuster, die im Zusammenhang mit Rechtspopulismus diskutiert werden.

Erreichbarkeit von Nichtwähler_innen in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage

Der vorliegende Bericht ist eine Sonderauswertung der repräsentativen Bevölkerungsumfrage „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ 2014, die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde (Zick/Klein 2014). Diese Studie ist eine allgemeine Bevölkerungsumfrage zu gesellschaftspolitischen Themen rund um den Themenkomplex „Vorurteile, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“. Es handelt sich nicht um eine gezielte Nichtwähler_innen-Befragung, sondern die Nichtwähler_innen wurden über die „Sonntagsfrage“ ermittelt. Die abgefragten Einstellungen richten sich also an die gesamte Bevölkerung und sind nicht explizit auf Nichtwähler_innen ausgerichtet. Daher ist zunächst eine Einordnung der Stichprobe von Bedeutung, um Hinweise auf die Reichweite oder ggf. auch systematische Verzerrung der Befunde zu erhalten. Die kritische Frage ist, wie gut die tatsächlichen Nichtwähler_innen bei Wahlen durch die Erfassung der erklärten Nichtwähler_innen in Bevölkerungsumfragen abgebildet werden. Hierzu gibt es keine abgesicherten Daten, aber es lassen sich Überlegungen zur Repräsentativität der Abbildung bzw. zu möglichen Verzerrungen der im Folgenden als „erklärte Nichtwähler_innen“ bezeichneten Stichprobe anstellen.

Der Anteil von erklärten Nichtwähler_innen in Bevölkerungsumfragen ist in der Regel deutlich niedriger als der Anteil tatsächlicher Nichtwähler_innen bei Wahlen. Es werden also längst nicht alle tatsächlichen Nichtwähler_innen in Bevölkerungsumfragen erreicht. Einige Befragte können angeben, nicht zur Wahl gehen zu wollen, dies später aber doch tun und umgekehrt – und dies ist wahrscheinlicher – von den erklärten Wähler_innen etliche dann doch nicht wählen gehen. Durch gezielte Nachwahl-Befragungen, die sich zeitnah an Nichtwähler_innen richteten, wird versucht, näher an die tatsächlichen Nichtwähler_innen heranzukommen (u.a. Güllner 2012; Neu 2012). Dennoch liegt auch in gezielten Nachwahlbefragungen der Anteil der erreichten Nichtwähler_innen deutlich unterhalb ihres tatsächlichen Anteils.

Für das Auseinanderklaffen des Anteils erklärter und tatsächlicher Nichtwähler_innen werden eine Reihe von Gründen diskutiert, u.a. spielen fehlerhafte Wählerverzeichnisse und alltagspraktische Gründe, nicht zur Wahl zu gehen, eine Rolle, aber auch das sogenannte Overreporting, das auch von sozialer Erwünschtheit motiviert ist; d.h., es geben mehr Personen an, zur Wahl gehen zu wollen, als sie es dann tatsächlich tun, weil sie das Wählen gehen als ein sozial erwünschtes Verhalten bzw. als soziale Norm im Sinne einer „Bürgerpflicht“ betrachten. Dieser würden sie gegenüber sich selbst und dem Interviewer eigentlich gerne nachkommen, tun es nur dann aus privaten oder alltagspraktischen Gründen doch nicht. Diese Personen sind in der Regel also keine Nichtwähler_innen aus Protest, sondern im Gegenteil, bleiben eher aus anderen, nicht explizit politischen Gründen der Wahl fern. Die in allgemeinen Bevölkerungsumfragen wie den vorliegenden ermittelten expliziten Nichtwähler_innen dürften am ehesten dem Typus der „Dauer-Nichtwähler“ und „Wahlverweigerer“ ähneln, wie Güllner (2012) sie in seiner Analyse beschreibt.

Für die Interpretation von Befunden aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen ist weniger der im Vergleich zu den tatsächlichen Nichtwähler_innen geringere Anteil erreichter erklärter Nichtwähler_innen ein Problem, sondern eher die Frage einer möglichen systematischen Verzerrung der erreichten Stichprobe, die dann ggf. auch einen verzerrten Eindruck von Nichtwähler_innen vermitteln würde. Die kritische Frage ist also, ob in allgemeinen Bevölkerungsumfragen einige Typen von tatsächlichen Nichtwähler_innen nicht abgebildet werden. Es lassen sich zu möglichen Verzerrungen jedoch hypothetische Überlegungen anstellen, die auch empirisch gestützt sind.

Auf der einen Seite neigen insbesondere eher besser gebildete und gut situierte Personen zum Overreporting, d.h., sie geben bei der Befragung an, wählen gehen zu wollen, tun dies dann aber aus persönlichen und alltagspraktischen Gründen doch nicht. Dadurch wird in allgemeinen Bevölkerungsumfragen die soziale Lage der

vermeintlichen Wählergruppe etwas überschätzt. Umgekehrt nehmen sozial schlechter gestellte Personen nicht nur deutlich seltener an Wahlen teil, sondern auch an Bevölkerungsumfragen. Diese systematische Verzerrung wird bei Repräsentativbefragungen durch entsprechende Gewichtung der Antworten versucht auszugleichen. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil sozial Benachteiligter an den tatsächlichen Nichtwähler_innen eher unterschätzt wird (Vehrkamp 2015). Zudem fühlen sich Nichtwähler_innen häufiger auch subjektiv ökonomisch und sozial depriviert (Neu 2012).

Besonders problematisch sind Verzerrungen, die eng mit der Thematik der Befragung – hier die politischen Einstellungen – verknüpft sind. So liegt es nahe, dass „systemkritische Protest-Nichtwähler“, die insgesamt mit Staat und Politik unzufrieden sind, mit größerer Wahrscheinlichkeit auch nicht an Umfragen – insbesondere solchen, die von Universitäten bzw. parteinahen Stiftungen in Auftrag gegeben sind, wie dies auf die hier ausgewertete Studie zutrifft – teilnehmen (s. dazu auch Caballero 2005). Entsprechend wären sie in allgemeinen Bevölkerungsumfragen unterrepräsentiert und ihr Anteil an den tatsächlichen Nichtwähler_innen unterschätzt.

Nichtwähler_innen-Analysen verweisen auf den deutlich überproportionalen Anteil von Personen aus einer prekären sozialen Schicht (geringere Schulbildung, niedrigeres Einkommen und niedrigerer Berufsstatus) und systemkritischer bzw. politisch entfremdeter Personen. Die hier im Folgenden untersuchten rechtspopulistischen und damit verwandten Einstellungsmuster finden sich häufiger bei Befragten aus unteren sozialen Lagen (Küpper/Zick/Krause 2015) und bei jenen, die sich politisch machtlos und entfremdet fühlen (Klein/Hüpping 2008). Die hier berichteten Befunde dürften also das rechtspopulistische Einstellungsmuster von Nichtwähler_innen eher unter- als überschätzen.

- ➡ Der Anteil der in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erreichten erklärten Nichtwähler_innen liegt deutlich unter dem Anteil von tatsächlichen Nichtwähler_innen.
- ➡ Rechtspopulistische Einstellungsmuster dürften bei tatsächlichen Nichtwähler_innen eher noch weiter verbreitet sein als sich dies aus Bevölkerungsumfragen ablesen lässt.

Stichprobe und Erfassung von Einstellungen

In der Studie „Fragile Mitte – Feinselige Zustände“ wurde im Frühsommer 2014 eine repräsentative Bevölkerungstichprobe von rund 2.000 Personen ab 16 Jahren telefonisch befragt. Darunter sind 1.824 wahlberechtigte Befragte ab 18 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft. Danach gefragt, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, erklären rund 10 Prozent, nicht zur Wahl gehen zu wollen, 17 Prozent sind noch unentschlossen, d. h., sie antworten auf die Sonntagsfrage mit „weiß nicht“ (dies tun 10 Prozent) oder machen gar keine Angaben zu ihrer Wahlentscheidung (7 Prozent). Im Folgenden werden diejenigen, die angeben, nicht zur Wahl gehen zu wollen, als erklärte „Nichtwähler_innen“ bezeichnet, diejenigen, die noch unentschlossen sind oder keine Angaben machen, als „Unentschlossene“, und alle, die auf die Sonntagsfrage hin eine Partei benennen, als „Wähler_innen“. Die Nichtwähler_innen werden beschrieben und mit den beiden anderen Gruppen verglichen.

Betont sei, dass diese drei Gruppen in sich keineswegs homogen sind, also keine jeweils einheitliche „Gruppe“ bilden. Alle verallgemeinernden Aussagen über diese drei Gruppen beziehen sich immer auf die jeweilige Tendenz dieser künstlich anhand der Wahlaussage zusammengeführten Gruppen. Einzelne können in ihren Merkmalen und Haltungen von der Tendenz in ihrer Gruppe abweichen. Für differenziertere Analysen der Nichtwähler_innen ist im vorliegenden Datensatz die Stichprobe schlicht zu klein. Auch bei den noch „Unentschlossenen“ muss aufgrund der zu geringen Stichprobengröße auf eine differenzierte Analyse verzichtet werden. Mit aller gebotener Vorsicht sei erwähnt, dass sich jene, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, in den im Folgenden untersuchten Einstellungsmustern nicht sehr von jenen unterscheiden, die mit „keine Angabe“ geantwortet haben.

Neben demographischen Merkmalen wurde eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer Einstellungen erhoben. Zur Erfassung ihrer Einstellungen wurden den Befragten jeweils Aussagen vorgelesen und um deren Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer 4- bzw. 5-stufigen Antwortskala gebeten. Für die weitere Auswertung wurden einzelne Aussagen jeweils zu reliablen Mittelwertskalen aus in der Regel zwei bis drei Aussagen zusammengefasst.¹

Alle im Folgenden berichteten Unterschiede sind auf ihre statistische Signifikanz geprüft und erreichen mindestens ein 5-Prozent-Signifikanzniveau.

► 10 Prozent der Befragten sind erklärte Nichtwähler_innen, 17 Prozent sind Unentschlossene, d. h., sie wissen noch nicht, welche Partei und ob sie überhaupt wählen wollen bzw. machen keine Angabe zu ihrer Wahlentscheidung.

Demographische Merkmale

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die demographische Zusammensetzung der Stichprobe der Nichtwähler_innen sowie auch der Wähler_innen und der Unentschlossenen. Die befragten Nichtwähler_innen sind im Durchschnitt 50 Jahre alt, der Anteil von Frauen beträgt 57 Prozent, der Anteil von Befragten aus Ostdeutschland liegt bei 19 Prozent und knapp 11 Prozent haben einen Migrationshintergrund.² 61 Prozent der erklärten Nichtwähler_innen haben einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss, knapp ein Fünftel verfügt über ein monatliches Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro, 37 Prozent sind Arbeiter_innen, 6 Prozent arbeitslos oder arbeitssuchend.

¹ Mit der Datenerhebung wurde das Sozialwissenschaftliche Umfragezentrum (SUZ) unter Leitung von Prof. Dr. Frank Faulbaum beauftragt. Um Verzerrungen in der Erhebung auszugleichen, wurden die Daten jeweils nach Repräsentativität gewichtet. Die Befragung wurde telefonisch mit CATI-Verfahren durchgeführt. Für die Stichprobenziehung wurden in der Studie „Fragile Mitte“ neben Festnetzanschlüssen auch Handy-Verbindungen berücksichtigt. Weitere Details zur Methodik der Erhebung finden sich in der oben angeführten Publikation.

² Hier definiert als die befragte Person ist selbst oder mindestens ein Elternteil ist in einem anderen Land als Deutschland geboren bzw. besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Tabelle 1: Demografische Struktur der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (Studie „Fragile Mitte“ 2014). Angaben in Prozent.

	Wähler_innen (n = 1.334)	Nichtwähler_innen (n = 177)	Unentschlossene (n = 312)
Ost	16	19	17
West	84	81	83
Männer	50	43	39
Frauen	50	57	61
Alter ^a			
18–44 Jährige	34	36	36,5
45–59 Jährige	30	31	34
60 und älter	36	33	29
Haushaltsnettoeinkommen			
unter 1.000 €	10	18	6
1.000 € bis 2.000 €	31	43	31
2.000 € bis 3.000 €	26	17	27
3.000 € oder mehr	33	21	36
Bildung			
niedrig (kein/Hauptschulabschluss)	40	61	40
mittel (Realschulabschluss)	29	29	35
hoch (Abitur/Studium)	32	10	25
voll Erwerbstätige ^b	44	37	47
davon:			
Arbeiter_innen	15	37	17
Angestellte	68	55	68
Beamt_innen	7	1	6
Selbstständige/freie Berufe	10	7	9
Nicht-Erwerbstätige			
davon:			
Hausfrau/-mann	22	28	29
Rentner_innen	52,5	47	56
Student_innen	8	1	6
in Ausbildung	4	5	3
Sonstiges	8,5	13	12,5
Arbeitslos/-suchend	6	6	4
Religionszugehörigkeit			
Evangelisch	33	32	37
Katholisch	34	34	30
Sonstige	4	6	4
Keine	29	29	29
mit Migrationshintergrund	13,5	11	11,5
ohne Migrationshintergrund	86,5	89	88,5

Anm.: Die Stichprobe der Nichtwähler_innen ist recht klein, daher sollten die berichteten Prozentwerte nicht überinterpretiert werden, sie können aber Hinweise auf die Zusammensetzung der Stichprobe geben.

^a Auch eine differenziertere Analyse nach Lebensalter zeigt keine auffälligen Unterschiede in Abhängigkeit der Wahlbeteiligung.

^b Nichtwähler_innen sind darüber hinaus in der Tendenz etwas häufiger in Teilzeit erwerbstätig, in Mutterschutz, in Ausbildung/Praktikum als Wähler_innen; der Anteil geringfügig, gelegentlich oder derzeit Nichtbeschäftigter ist gleich.

Die befragten erklärten Nichtwähler_innen unterscheiden sich von den befragten erklärten Wähler_innen nicht signifikant in Alter, Geschlecht, der Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland oder dem Vorhandensein eines Migrationshintergrunds.² Verglichen mit Wähler_innen verfügen sie aber über eine signifikant geringere Bildung, ein niedrigeres Einkommen und unter ihnen sind mehr Arbeiter, dafür weniger Angestellte. Sie kommen also überproportional häufig aus niedrigeren sozialen Lagen, zugleich ist der Anteil Arbeitsloser und prekär Beschäftigter genauso hoch wie unter den Wähler_innen. Die demographische Zusammensetzung der hier erreichten erklärten Nichtwähler_innen ähnelt damit derjenigen, die auch in gezielten Nichtwähler_innen Nachbefragungen ermittelt wurde (z. B. Güllner, 2012; Neu, 2012).

Die Unentschlossenen sind im Vergleich zu den Wähler_innen in der Tendenz etwas jünger und es sind überproportional viele (jüngere) Frauen unter ihnen. In der Soziallage ähneln sie eher den Wähler_innen als den Nichtwähler_innen. Sie sind im Durchschnitt deutlich besser gebildet als die Nichtwähler_innen und ihr Haushaltseinkommen ist überdurchschnittlich hoch. In Bezug auf die übrigen demographischen Merkmale finden sich keine Auffälligkeiten.

Die im Folgenden berichteten Unterschiede zwischen Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen wurden wegen der etwas unterschiedlichen demographischen Zusammensetzung der drei Gruppen zusätzlich immer auch noch einmal unter der Kontrolle der demographischen Merkmale Alter, Bildung, Geschlecht und Herkunft aus Ost-/Westdeutschland geprüft. Alle berichteten Unterschiede sind auch nach Kontrolle dieser Merkmale signifikant, d. h., sie können nicht allein auf die demographisch unterschiedliche Zusammensetzung der drei Gruppen zurückgeführt werden.

➔ Die befragten erklärten Nichtwähler_innen gehören überproportional einer unteren sozialen Lage an. Darüber hinaus ähnelt ihre Sozialstruktur jener der Wähler_innen.

➔ Die soziale Lage der Unentschlossenen ist deutlich besser als die der Nichtwähler_innen. Insgesamt ähneln sie in ihrer Sozialstruktur eher den Wähler_innen als den Nichtwähler_innen.

➔ Die hier vorliegende Stichprobe der erklärten Nichtwähler_innen ist zwar klein, aber denen aus gezielten Nichtwähler-Nachbefragungen in Bezug auf die Sozialdemographie recht ähnlich.

(Relative) Deprivation

Rund jede_r fünfte Nichtwähler_in beurteilt die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland als schlecht, und sogar ein Drittel bewertet die eigene finanzielle Situation als schlecht bzw. erwartet, seine zukünftige finanzielle Situation würde sich eher verschlechtern (s. Abbildung 2 bzw. Tabelle 2). 38 Prozent der Nichtwähler_innen fühlen sich durch die aktuelle wirtschaftliche Situation bedroht und mehr als jede_r siebte Nichtwähler_in hat Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz. Jede_r sechste Nichtwähler_in meint, Deutsche seien im Vergleich zu Ausländer_innen in Deutschland schlechter gestellt. Hier wird ein vergleichsweise hohes Maß an gefühlter finanzieller Schlecht- und Schlechterstellung der Nichtwähler_innen, wie sie als Deprivation bzw. relative Deprivation beschrieben wird. Im Gegensatz dazu beurteilen Wähler_innen die allgemeine wirtschaftliche Lage und die eigene finanzielle Situation besser und fühlen sich insgesamt deutlich weniger depriviert. Die noch Unentschlossenen beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Lage und auch ihre persönliche Lage nicht ganz so positiv wie die Wähler_innen, aber längst nicht so negativ wie dies die Nichtwähler_innen tun und sie fühlen sich auch weniger als diese im Vergleich zu Ausländer_innen kollektiv schlechter gestellt.

Aus diesen einzelnen Indikatoren wurde ein zusammenfassender Index zur Erfassung der (relativen) Deprivation erstellt. Dieser zeigt, dass jede_r fünfte Nichtwähler_in die eigene ökonomische Lage insgesamt als schlecht bzw. sich als schlechtergestellt einschätzt. Von den Wähler_innen tun dies nur 7 Prozent, von den Unentschlossenen 11 Prozent.

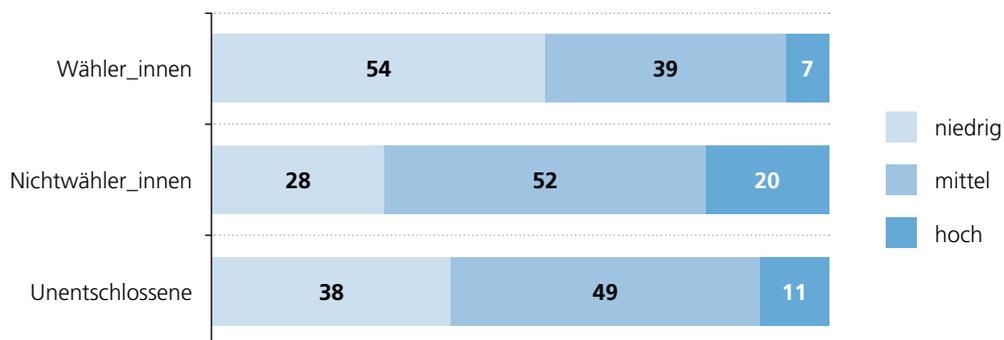
Tabelle 2: Indikatoren von (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.

		gut	mittel	schlecht
Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage Deutschlands?	W	54	39	7
	NW	28	52	20
	U	38	49	11
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation? Ist diese ...?	W	46	36	18
	NW	32	37	31
	U	35	44	21
		besser	gleich	schlechter
Was erwarten Sie für die nächsten 5 Jahre? Wie wird Ihre wirtschaftliche Lage im Vergleich zu heute ausfallen?	W	27	51	22
	NW	26	41	32
	U	22	49	26
		nicht bedroht	bedroht	
Inwieweit fühlen Sie sich von den aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen bedroht?	W	73	22	
	NW	54	38	
	U	68	25	
		keine Sorgen	mittlere Sorgen	große Sorgen
Wie sehr machen Sie sich zurzeit Sorgen um Ihren Arbeitsplatz?	W	50	8	6
	NW	40	11	15
	U	54	6	10
Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage der Deutschen im Vergleich zu den hier lebenden Ausländer_innen. Ist sie ...	W	57	32	4
	NW	31	43	17
	U	51	33	5

Anm.: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

Zu 100 fehlende Prozent aufgrund von „weiß nicht“/„keine Angabe“ bzw. Rundungen.

Abbildung 1: Zusammengefasster Index (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.



- ➔ Nichtwähler_innen beurteilen die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage auffallend häufig als schlecht, jede_r sechste sieht Deutsche im Vergleich zu Ausländer_innen benachteiligt. Insgesamt erweist sich damit rund ein Fünftel der Nichtwähler_innen als (relativ) depriviert.
- ➔ Die auffallend negative subjektive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch die Nichtwähler_innen korrespondiert mit ihrer anhand objektiver Faktoren eingeschätzten wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligung.
- ➔ Wähler_innen beurteilen die allgemeine und ihre persönliche finanzielle Lage als deutlich besser. Die Unentschlossenen betrachten die Lage im Vergleich zu Wähler_innen als nicht ganz so positiv, aber längst nicht so negativ wie die Nichtwähler_innen dies tun.

Politische Selbstverortung

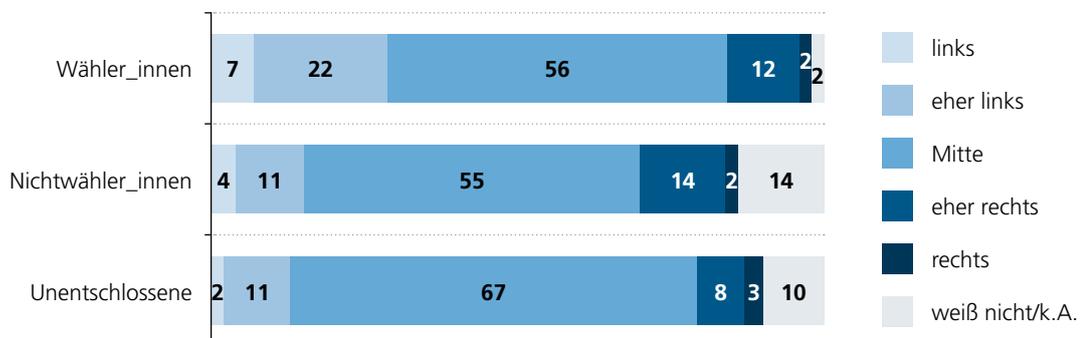
15 Prozent der Nichtwähler_innen verorten sich selbst im linken politischen Spektrum, 55 Prozent „genau in der Mitte“ und 16 Prozent rechts der Mitte (s. Abbildung 2). Damit positionieren sich die Nichtwähler_innen im Vergleich zu Wähler_innen selbst etwas seltener im linken politischen Spektrum und in der Tendenz etwas häufiger im rechten Spektrum. Die Unentschlossenen positionieren

sich selbst auffallend häufig „genau in der Mitte“. Der Unterschied in der politischen Selbstverortung ist zwar signifikant, absolut gesehen aber nicht sehr groß. Bemerkenswert ist bei der Frage nach der politischen Selbstverortung jedoch die vergleichsweise häufige Antwortverweigerung bzw. weiß-nicht-Antwort der Nichtwähler_innen (14 Prozent) und der Unentschlossenen (10 Prozent) im Vergleich zu den Wähler_innen (2 Prozent).

Politische Machtlosigkeit und Demokratiemisstrauen

Nichtwähler_innen sind auffallend kritisch gegenüber Politik und Parteien eingestellt und ihre Einschätzung fällt signifikant negativer aus als die der Wähler_innen und der Unentschlossenen (s. Abbildung 3). Dies gilt ganz besonders mit Blick auf die demokratischen Parteien und Politiker_innen, aber auch auf den Staat, dem vorgeworfen wird, die Rechte der Einzelnen zunehmend einzuschränken. So sagen beispielsweise 87 Prozent der Nichtwähler_innen: „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.“ Ebenso viele meinen: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.“ Weniger deutlich sind die Unterschiede in Bezug auf die Einschätzung der Rolle der Wirtschaft, hier meinen 77 Prozent der Nichtwähler_innen, aber auch 74 Prozent der Wähler_innen, letztlich würde die Wirtschaft und nicht die Politik entscheiden. Deutlich über die

Abbildung 2: **Politische Selbstverortung der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.**



Hälfte der Nichtwähler_innen fühlen sich politisch machtlos. So geben 60 Prozent von ihnen an: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und 57 Prozent halten es für „sinnlos“, sich politisch zu engagieren. Auffällig ist zudem, dass viele Nichtwähler_innen bei diesen kritischen Fragen zu Politik und Poli-

tiker_innen die extreme Zustimmungsoption „voll und ganz“ wählen, damit also eine wenig zögerliche, besonders eindeutig negative, misstrauische Haltung zum Ausdruck bringen (s. Tabelle 3). Die Einstellungen der noch Unentschlossenen ähneln insgesamt eher denen der erklärten Wähler_innen.

Abbildung 3: Einstellungen zu Parteien und Politikern der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.

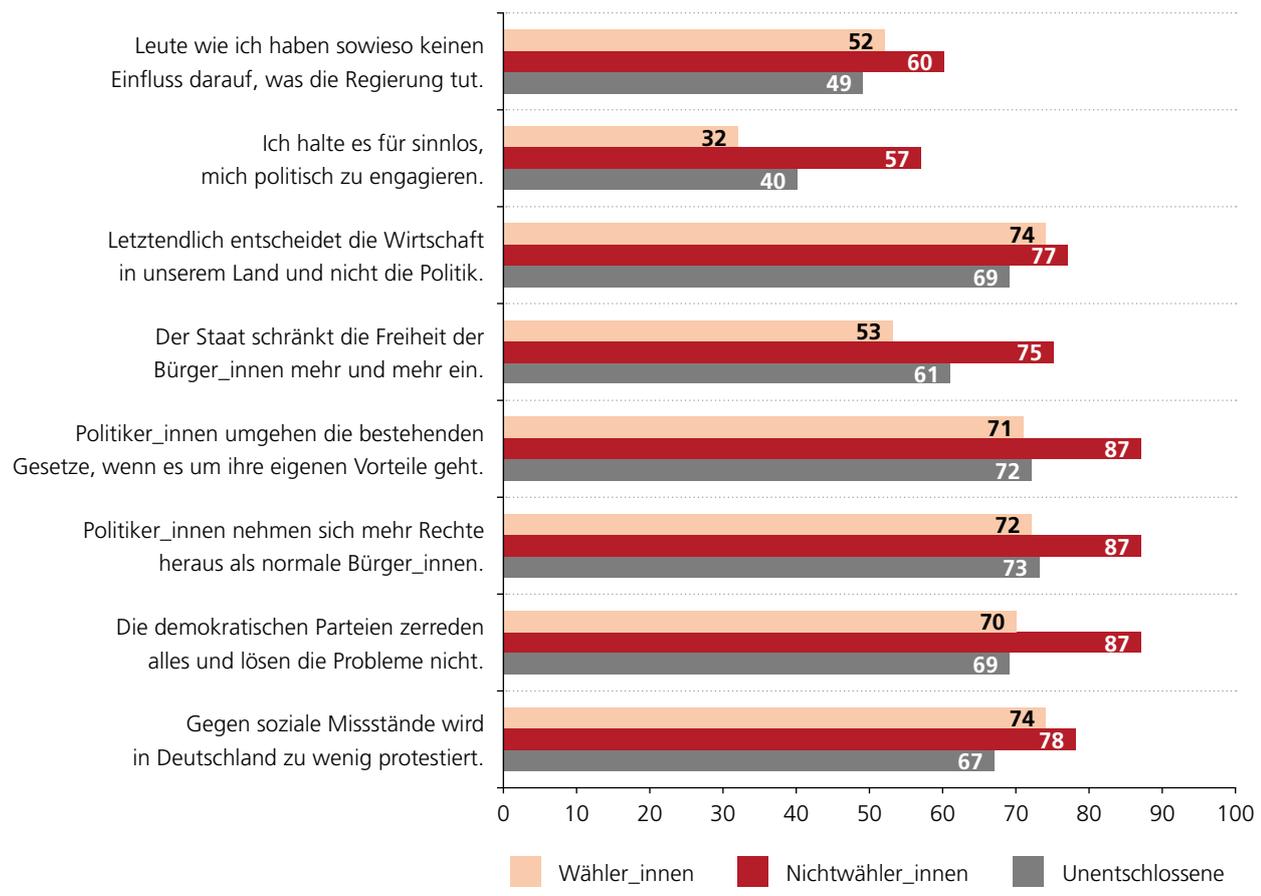


Tabelle 3: Einstellungen zu Politik und Parteien von Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.

Trifft		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	W	17	31	30	22
	NW	17	21	17	43
	U	17	35	28	21
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	W	36	31	19	13
	NW	21	22	25	32
	U	29	30	21	19
Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik.	W	6	18	39	35
	NW	6	12	28	49
	U	11	18	30	39
Der Staat schränkt die Freiheit der Bürger_innen mehr und mehr ein.	W	16	30	29	24
	NW	5	17	27	48
	U	15	23	34	27
Gegen soziale Missstände wird in Deutschland zu wenig protestiert.	W	8	17	32	42
	NW	2	15	22	56
	U	10	19	25	42
Im Index Rechtspopulismus:					
Politiker_innen umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.	W	6	21	33	38
	NW	5	4	25	62
	U	4	17	30	42
Politiker_innen nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger_innen.	W	8	19	31	41
	NW	4	7	13	74
	U	6	14	31	42
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	W	7	21	38	32
	NW	3	5	23	64
	U	4	20	34	35

Anm.: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

An 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ / keine Angabe bzw. Rundungen der Nachkommastellen.

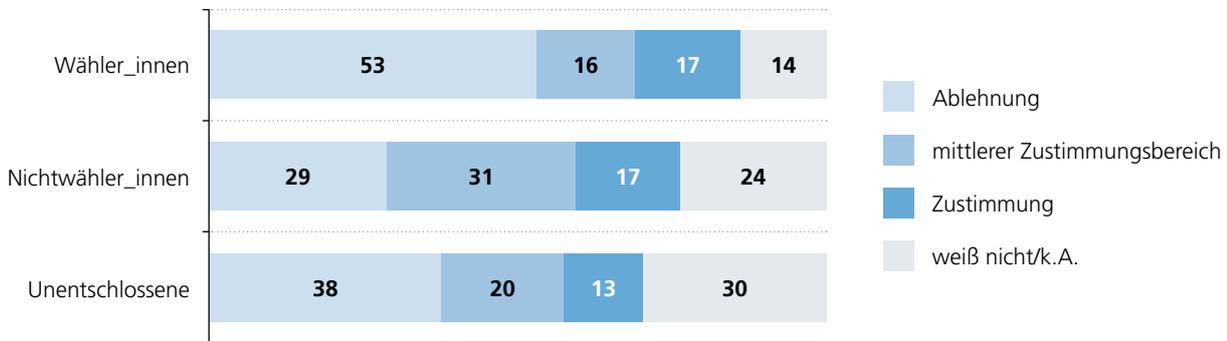
Die unteren drei Items fließen in den Index Rechtspopulismus ein, s.u.

Sympathie mit der AfD

17 Prozent der Wähler_innen und ebenso viele der Nichtwähler_innen finden die Argumente der AfD nach eigenen Angaben überzeugend, von den Unentschlossenen tun dies lediglich 13 Prozent (s. Abbildung 4). Doch auffallend viele Nichtwähler_innen (24 Prozent) und sogar noch mehr der Unentschlossenen (30 Prozent) antworten auf diese Frage mit „weiß nicht“ bzw. machen keine An-

gabe, von den Wähler_innen äußern hier deutlich weniger keine Meinung (14 Prozent). Auch wenn Nichtwähler_innen im Vergleich zu Wähler_innen nicht auffällig häufig mit der AfD sympathisieren, scheinen sie ihr gegenüber noch eher unschlüssig und damit möglicherweise leichter von dieser ansprechbar zu sein. Zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 2014 war die AfD noch nicht so deutlich und offen rechtspopulistisch ausgerichtet, wie sie dies inzwischen ist.

Abbildung 4: „Die Argumente der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind oft überzeugend.“ (2014) Zustimmung in Prozent.



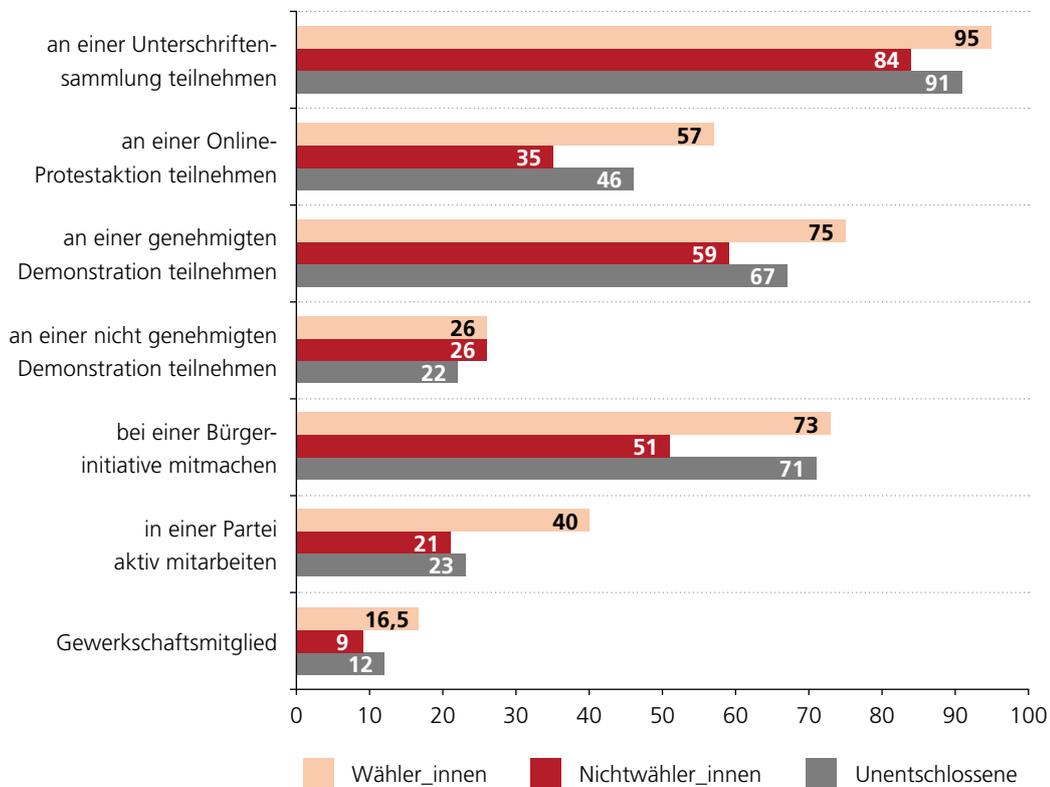
Politische Partizipation jenseits von Wahlen

Nichtwähler_innen beteiligen sich seltener als Wähler_innen auch an anderen Möglichkeiten der politischen Partizipation bzw. können sich eine Partizipation seltener vorstellen (s. Abbildung 5). Auch die Mitgliedschaft in politischen Organisationen fällt niedriger aus. So gehören nur 9 Prozent der Nichtwähler_innen, aber 12 Prozent der Unentschlossenen und knapp 17 Prozent der Wähler_innen einer Gewerkschaft an. Damit machen signifikant weniger Nichtwähler_innen als Wähler_innen von dieser Möglichkeit der Partizipation und Interessenvertretung Gebrauch. Nichtwähler_innen geben außerdem durchweg seltener als Wähler_innen an, verschiedene andere alternative politische Partizipationsmöglichkeiten jenseits von Wahlen zu nutzen. Dazu gehört u. a. die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion, an einer genehmigten oder auch ungenehmigten Demonstration teilzunehmen oder bei einer Bürgerinitiative mitzumachen. Es können sich auch deutlich weniger Nichtwähler_innen vorstellen, bei

einer Partei aktiv mitzuarbeiten. Die noch Unentschlossenen nutzen politische Partizipationsmöglichkeiten jenseits von Wahlen ähnlich selten wie die Nichtwähler_innen. Lediglich bei Bürgerinitiativen würden sie ähnlich häufig mitarbeiten, wie die Wähler_innen dies angeben.

- ➔ Nichtwähler_innen verorten sich in der Tendenz häufiger im rechten politischen Spektrum oder der Mitte, etwas seltener Links der Mitte. Sie sind auffallend kritisch und negativ gegenüber Politik und Parteien eingestellt. Mit Blick auf die AfD sind sie häufiger noch unentschlossen, was sie von deren Positionen halten sollen.
- ➔ Nichtwähler_innen nutzen nach eigenen Angaben auch seltener andere politische Partizipationsmöglichkeiten bzw. ziehen dies für sich seltener in Betracht als Wähler_innen dies tun und gehören seltener einer Gewerkschaft an.

Abbildung 5: **Politische Partizipation jenseits von Wahlen der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil derjenigen, die diese Partizipationsmöglichkeit schon genutzt haben oder nutzen würden in Prozent.**



Anm.: Die Abbildung zeigt den Anteil der Befragten, die an einer der aufgelisteten Partizipationsmöglichkeiten bereits teilgenommen hat oder sich vorstellen könnte, diese zu nutzen.

Rechtspopulistische Einstellungen

Rechtspopulistische Einstellungen lassen sich als ein zusammenhängendes Muster aus Demokratiemisstrauen – wie es sich in einigen der oben dargestellten Einstellungen gegenüber Parteien und Politiker_innen widerspiegelt –, einem aggressiven Law-and-Order-Autoritarismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschreiben (Küpper/Zick/Krause 2015). Letztere richtet sich im aktuellen Rechtspopulismus insbesondere gegen Eingewanderte, Muslime, Roma und Asylsuchende. Es finden sich allerdings enge empirische Zusammenhänge auch zu Antisemitismus, Homophobie, Sexismus und ethnischem Rassismus (ebd.).

37 Prozent der Nichtwähler_innen, fast 22 Prozent der Unentschlossenen und 17 Prozent der Wähler_innen zeigen ein deutlich rechtspopulistisches Einstellungsmus-

ter, d.h., sie liegen klar im Zustimmungsbereich eines zusammenfassenden Index Rechtspopulismus (s. Abbildung 6).

Nichtwähler_innen neigen damit signifikant stärker zu rechtspopulistischen Einstellungen als Wähler_innen. Sie zeigen deutlich höhere Zustimmungswerte in allen fünf berücksichtigten Facetten: Demokratiemisstrauen, Law-and-Order Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Muslimen, Roma und Asylsuchenden (s. Abbildung 7 und Tabelle 4). Ebenso neigen sie eher zu Antisemitismus, Homophobie und Sexismus (hier nicht dargestellt). Sie äußern zudem signifikant höhere Zustimmung bei Fragen nach kollektiver Wut, die sich gegen Eingewanderte und Asylsuchende richtet, und vertreten eher einer negative Haltung zur Europäischen Union verbunden mit der Forderung nach nationaler Rückbesinnung.

Abbildung 6: Rechtspopulistisches Potenzial bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil derjenigen, die im deutlichen Zustimmungsbereich liegen in Prozent.

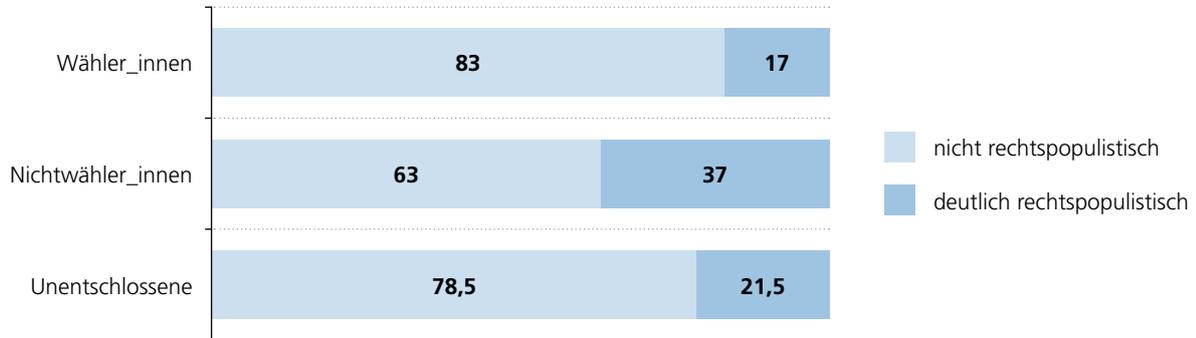


Abbildung 7: Rechtspopulistische Einstellungen bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil in Prozent.

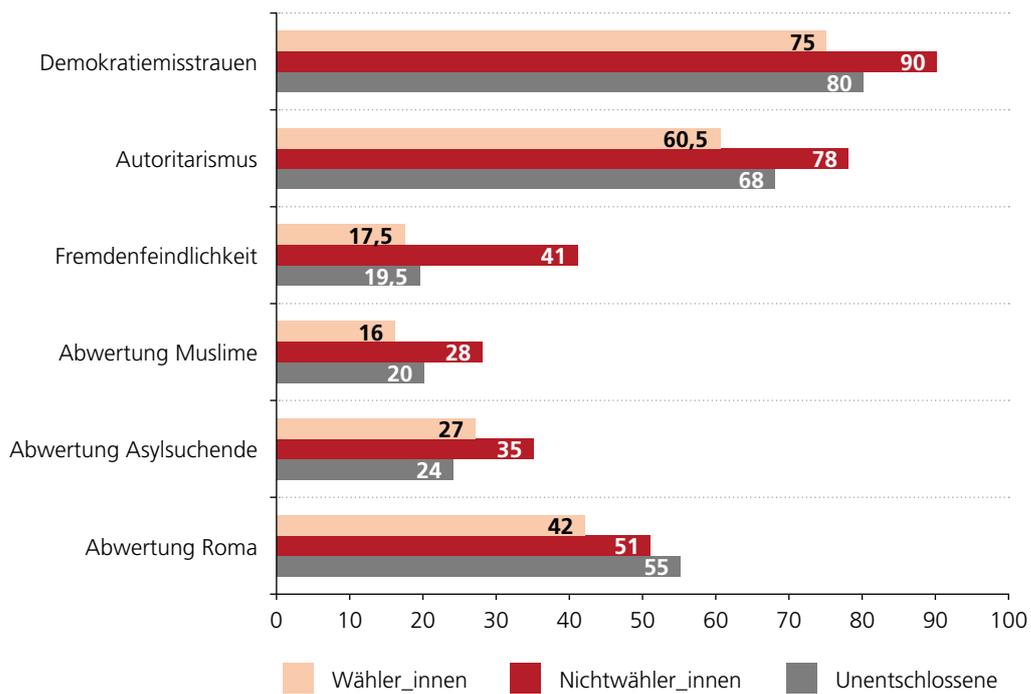


Tabelle 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.

Stimme		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Im Index Rechtspopulismus:					
Es leben zu viele Ausländer_innen in Deutschland.	W	38	25	20	15
	NW	22	19	26	31
	U	29	31	15	18
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer_innen wieder in ihre Heimat schicken.	W	56	28	8	7
	NW	37	20	27	14
	U	49	29	11	11
Durch die vielen Muslim_innen hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	W	45	24	15	13
	NW	30	20	17	31
	U	39	21	16	18
Muslim_innen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	W	59	22	10	6
	NW	44	26	22	8
	U	52	23	7	9
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. ^R	W	24	36	26	13
	NW	31	35	20	10
	U	27	35	24	6
Die meisten Asylbewerber_innen werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	W	17	31	22	11
	NW	15	19	20	21
	U	12	22	21	8
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	W	41	27	19	11
	NW	41	16	21	20
	U	44	21	18	10
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	W	29	27	22	12
	NW	25	19	26	17
	U	25	31	20	9

Anm: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

^R Das Item ist hier positiv formuliert, so dass eine Ablehnung für die Abwertung von Asylsuchenden spricht.

Es wurde für die Verwendung im Index Rechtspopulismus so umkodiert, dass hohe Zustimmung eine hohe Abwertung u.u. bedeutet.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede zu Wähler_innen in den rechtspopulistischen Facetten des Demokratietrusts und der Fremdenfeindlichkeit. So stimmen beispielsweise 57 Prozent der Nichtwähler_innen (im Vergleich zu 35 Prozent der Wähler_innen) der Aussage eher oder voll zu: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, die sich als ein valider Indikator für Fremdenfeindlichkeit erwiesen hat. Die noch Unentschlossenen neigen vor allem stärker als Wähler_innen zum Autoritarismus,

etwas eher auch zur Abwertung von Asylsuchenden und Muslimen.

Die Ergebnisse haben auch unter der Kontrolle der demographischen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung und Ost/West Bestand, d. h., sie können nicht lediglich auf die besondere demographische Zusammensetzung der Nichtwähler_innen zurückgeführt werden.

➔ Nichtwähler_innen neigen auffallend häufig zu rechtspopulistischen Einstellungen. Insbesondere zu Demokratiemisstrauen und Fremdenfeindlichkeit stimmen Nichtwähler_innen eher zu als Wähler_innen. Zusammengefasst neigen 37 Prozent der Nichtwähler_innen mit ihren Einstellungen in eine deutlich rechtspopulistische Richtung.

Gewaltaffinität

Ein hoher Prozentsatz von Nichtwähler_innen äußert kollektive Wut (72 Prozent), die sich derzeit insbesondere gegen „Fremde“ richtet (s. Abbildung 8 und Tabelle 5). Rund ein Viertel (jeweils 26 Prozent) billigt Gewalt und/oder ist selbst auch gewaltbereit. Nichtwähler_innen äußern damit deutlich mehr kollektive Wut und sind gewaltaffiner als Wähler_innen. So stimmen beispielsweise 22 Prozent der Nichtwähler_innen (vs. 11 Prozent der Wähler_innen) der Aussage zu: „Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“ 28 Prozent der Nichtwähler_innen geben (vs. 16 Prozent der Wähler_innen) an: „Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.“

Die noch Unentschlossenen sind im Vergleich zu den Nichtwähler_innen (und in der Tendenz auch zu den Wähler_innen) auffällig wenig gewaltaffin. Dies liegt nur bedingt an dem höheren Anteil jüngerer Frauen, die generell weniger zu Gewalt neigen, in der Gruppe der Unentschlossenen. Die Ergebnisse haben auch unter der Kontrolle der demographischen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung und Ost/West Bestand, d. h., sie können nicht allein auf die besondere demographische Zusammensetzung der Nichtwähler_innen bzw. der Unentschlossenen zurückgeführt werden.

➔ Nichtwähler_innen sind auffällig eher gewaltaffin. Sie befürworten Gewalt eher als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen und sind auch eher selbst zu Gewalt bereit. Dieses Ergebnismuster lässt sich nicht allein durch die demographische Zusammensetzung der Nichtwähler_innen (überproportional junge, niedrig gebildete Männer) erklären.

➔ Unentschlossene sind besonders wenig gewaltaffin. Dies liegt nicht allein an dem höheren Anteil jüngerer Frauen in dieser Gruppe.

Abbildung 8: Gewaltaffinität bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil in Prozent.

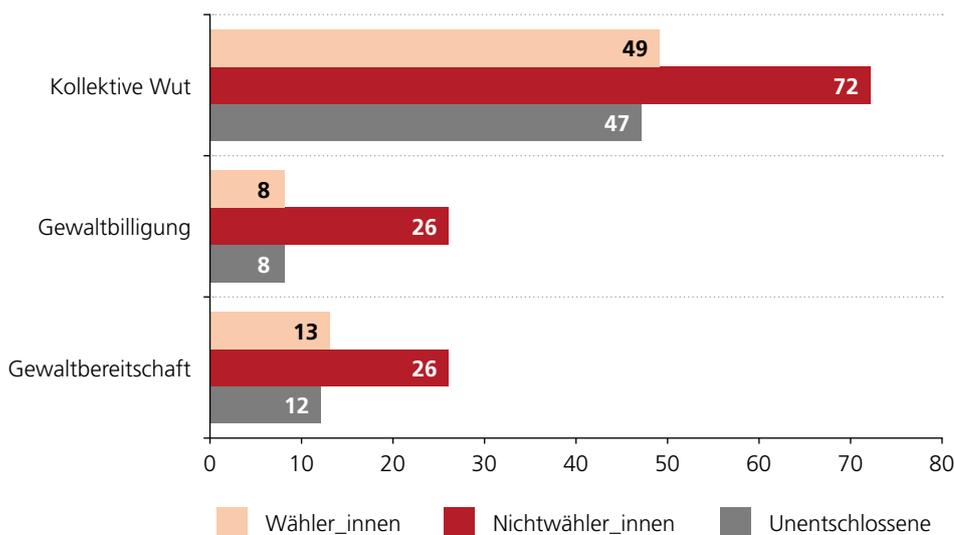


Tabelle 5: Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent.

Stimme		überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen.	W	70	13	10	6
	NW	55	15	16	12
	U	73	12	6	5
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	W	73	16	7	4
	NW	56	19	12	11
	U	79	10	7	3
Wenn es wirklich drauf ankommt, bin ich auch bereit, Gewalt anzuwenden.	W	51	18	17	12
	NW	39	18	21	19
	U	59	14	16	9
Ich finde es richtig, für eine Sache zu kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen politisch Verantwortliche notwendig ist.	W	65	21	9	4
	NW	46	25	12	17
	U	71	14	6	4
Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.	W	73	15	8	3
	NW	56	21	15	7
	U	78	12	6	2
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.	W	69	18	7	4
	NW	58	23	9	6
	U	76	15	3	3

Anm: W = Wähler_innen, NW = Nichtwähler_innen, U = Unentschlossene.

Zu 100 fehlende Prozent aufgrund von „weiß nicht“ / „keine Angabe“ bzw. Rundungen.

Marktförmiger Extremismus

Die letzten Jahrzehnte einer neoliberalen Agenda haben ihre Spuren auch in den Einstellungen der Bevölkerung hinterlassen. In der FES-Mitte-Studie wurde eine Grundorientierung, die durch Wettbewerbsglauben, ein unternehmerisches Selbst und eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet, geprägt ist, unter dem Begriff des „marktförmigen Extremismus“ beschrieben (Groß/Hövermann 2014). Empirisch ist der marktförmige Extremismus mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und auch rechtsextremen Einstellungen verknüpft – wer in der skizzierten Form eine neoliberale Grundorientierung vertritt, neigt mit einiger Wahrscheinlichkeit eher zu menschenfeindlichen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen.

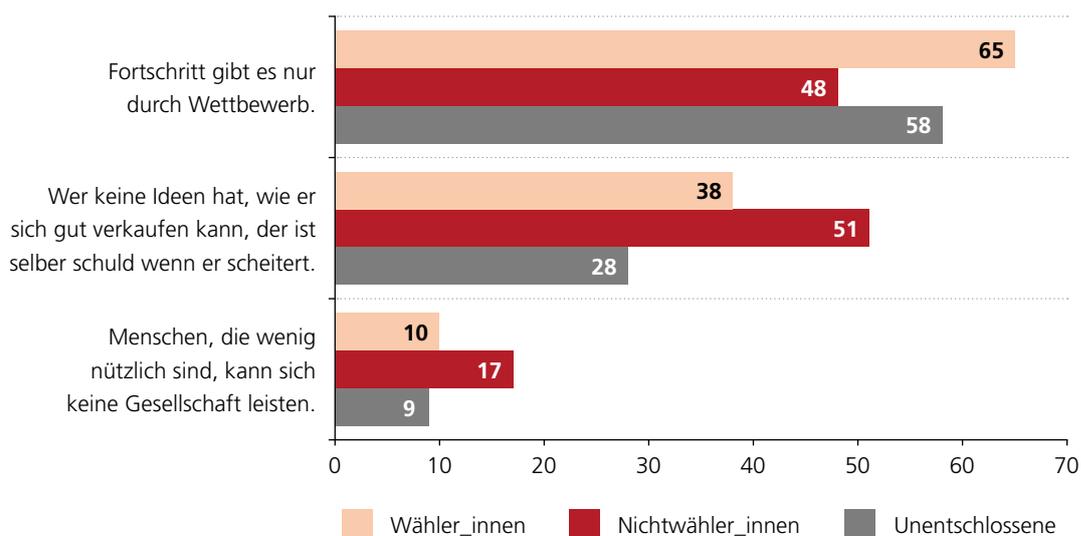
Die Unterschiede zwischen Nichtwähler_innen, Wähler_innen und Unentschlossenen in Bezug auf die Neigung zu marktförmigem Extremismus sind nicht ganz eindeutig (s. Abbildung 9). Nichtwähler_innen sind im Vergleich zu den Wähler_innen eher nicht wettbewerbsorientiert. Sie glauben seltener als Wähler_innen daran, dass Fortschritt nur durch Wettbewerb erreichbar sei (48 Prozent der Nichtwähler_innen; 65 Prozent der Wähler_innen). Zu-

gleich haben sie eher eine ökonomistische Werthaltung, z. B. meinen sie vergleichsweise häufiger: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten.“ (17 Prozent der Nichtwähler_innen; 10 Prozent der Wähler_innen). Sie glauben auch etwas eher an Erfolg durch Selbstoptimierung, indem sie z.B. etwas häufiger der Aussage zustimmen: „Wer keine Ideen hat, wie er sich gut verkaufen kann, der ist selber schuld, wenn er scheitert.“ (51 Prozent der Nichtwähler_innen; 38 Prozent der Wähler_innen).

Die noch Unentschlossenen neigen deutlich weniger als Nichtwähler_innen und in der Tendenz sogar weniger als Wähler_innen zu einer ökonomistischen Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet, und auch weniger an ein „unternehmerisches Selbst“, das Erfolg durch Selbstoptimierung verspricht. Umgekehrt glauben sie deutlich eher an Fortschritt durch Wettbewerb.

➔ Nichtwähler_innen sind nicht wettbewerbsorientierter als Wähler_innen, aber sie neigen etwas eher zu einer ökonomistischen Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit beurteilt, und glauben etwas eher an Erfolg durch Selbstoptimierung.

Abbildung 9: **Marktförmiger Extremismus bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014) (ausgewählte Items). Anteil in Prozent.**



Zusammenfassung: Die Nichtwähler_innen

Die befragten Nichtwähler_innen stammen im Vergleich zu Wähler_innen und auch im Vergleich zu den noch Unentschlossenen aus eher prekären sozialen Lagen. Sie beurteilen die wirtschaftliche Lage allgemein und ihre eigene finanzielle Situation negativer, fühlen sich eher von der wirtschaftlichen Entwicklung bedroht und sehen zugleich die Deutschen im Vergleich zu Ausländer_innen häufiger schlechter gestellt. Sie sind nicht besonders wettbewerbsorientiert, glauben aber etwas eher an Erfolg durch Selbstoptimierung und vertreten etwas häufiger eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Sie betrachten die Politik und die Parteien auffallend negativ, nutzen aber auch politische Partizipationsmöglichkeiten neben der Wahlteilnahme seltener bzw. würden diese nach eigenen Angaben auch nicht nutzen.

Nichtwähler_innen neigen deutlich eher zu rechtspopulistischen Einstellungen, d. h., sie vertreten, häufiger als Wähler_innen einen Law-and-Order-Autoritarismus, misstrauen der Demokratie und neigen noch eher zu Fremdenfeindlichkeit, zur Abwertung von Muslimen, Roma und Asylsuchenden (mit Blick auf Roma und Asylsuchende sind die Unterschiede zu den Wähler_innen allerdings gering). Auffällig ist zudem ihre Affinität zu Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen und Vormachtstellung.

Zusammenfassung: Die Unentschlossenen

Die Unentschlossenen unterscheiden sich von den Nichtwähler_innen deutlich in nahezu allen untersuchten Facetten. Sie stammen eher aus gut situierten Verhältnissen, es sind vergleichsweise mehr junge Frauen (und mittelalte bis ältere Männer) unter ihnen. Zugleich sehen die Unentschlossenen die wirtschaftliche Lage und ihre eigene finanzielle Situation durchaus ähnlich pessimistisch wie die Nichtwähler_innen. Sie sind auch ähnlich wenig bereit zur politischen Partizipation, verorten sich aber besonders häufig genau in der Mitte. Sie neigen etwas mehr zum Rechtspopulismus als Wähler_innen, sind aber auffallend wenig gewaltaffin, was zum Teil, aber nicht allein, an der demographischen Zusammensetzung liegt.

Die differenzierte Analyse der Unentschlossenen offenbart, dass diejenigen, die bei der Frage nach der Wahlteilnahme „keine Angabe“ machen, den erklärten Wähler_innen sehr ähnlich sind und in der Tendenz sogar eher weniger demokratiekritisch und rechtspopulistisch eingestellt sind. Diejenigen, die auf die Sonntagsfrage mit „weiß nicht“ antworten, liegen mit ihren Einstellungen insgesamt zwischen den erklärten Wähler_innen und den Nichtwähler_innen. Es sind also keineswegs klammheimliche Rechtspopulisten, die auf die Sonntagsfrage keine Antwort geben. Mit „weiß nicht“ antworten in der Tendenz eher die jüngeren Männer und Frauen, unter ihnen sind auch mehr niedrig Gebildete, mit „keine Angabe“ mittelalte Frauen und ältere Männer.

Erste Schlussfolgerungen

Nichtwähler_innen fallen insgesamt durch pessimistische und negative Einschätzungen auf. Sie wollen nicht nur nicht zur Wahl gehen, sondern nutzen auch alternative politische Partizipationsmöglichkeiten seltener. Zugleich setzen sie eher auf Durchsetzung von Macht – auch mittels Gewalt – und werten Minderheitengruppen ab. Sie vertreten deutlich stärker als Wähler_innen menschenfeindliche Haltungen gegenüber einer Vielzahl sozialer Gruppen wie Eingewanderten, Juden, Muslimen, homosexuellen Menschen oder Frauen. Dies sind nicht einfach irgendwelche „Meinungen“. Vielmehr widersprechen pauschalisierte Abwertung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer Gruppe – kurz Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit³ – im Kern demokratischen Grundwerten und der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde. Diese menschenfeindlichen Einstellungen finden sich auch im Rechtspopulismus in seinem typischen rhetorischen Muster von „wir“ gegen „die anderen“ – die als jeweils „fremd“, „unnormale“ oder sonstwie nicht dazugehörig und ungleichwertig betrachtet werden. Viele Nichtwähler_innen stehen der Demokratie und ihren Institutionen und Vertreter_innen damit nicht nur kritisch bis missstrauisch oder gar feindselig gegenüber, sondern vertreten auch selbst undemokratische Haltungen.

Das Muster bei den erklärten Nichtwähler_innen scheint eine „politische Enttäuschung“ widerzuspiegeln, die sich aus empfundener Machtlosigkeit und der eigenen prekären Lage, bzw. dem Gefühl des eigenen Abgehängtheits speisen, wie dies sozialkritische Theorien prognostizieren. Die hier erreichten Nichtwähler_innen haben einerseits neoliberale Ideologiefragmente wie die einer ökonomistischen Werthaltung und einen Glauben an die eigene Selbstoptimierung übernommen, scheitern aber in ihrer Realität offensichtlich daran. Im Alltag dürfte sich

gerade diese Gruppe häufig nicht als Gestalter_in des eigenen Schicksals erleben und Politik weit entfernt von ihrer eigenen Lebenswirklichkeit und ihren eigenen Problemen wahrnehmen. Stattdessen ergreifen sie eher das einfache rechtspopulistische Angebot der eigenen Aufwertung durch die Abwertung der Anderen.

Denkbar ist aber auch, dass das Bild weniger eindeutig ist, als es auf den ersten Blick erscheint. Denn empirische Analysen verweisen darauf, dass es weniger die de facto prekäre soziale Lage ist, die rechtspopulistische Einstellungen hervorruft, als vielmehr die subjektive Einschätzung der eigenen Lage, vor allem im Vergleich zu anderen, und subjektive Bedrohungsgefühle – diese sind längst nicht immer identisch und Ausdruck der vorhandenen sozialen Lage. Vieles an den negativen und auch rechtspopulistischen Äußerungen könnte dabei – dies als These – weniger „politisch“ sein, als es zunächst den Anschein hat. Vielleicht wird schlicht ein verbreitetes und auch bequemes „Negativ-Narrativ“ über die eigene Lage, angeblich abgehobene Politiker_innen und Einwanderer wiederholt, was dann aber zu rechtspopulistischen Mustern gefriert. Nichtwähler_innen neigen möglicherweise zur Übernahme von ideologischen Fragmenten: Man wiederholt einfach, was man so hört, was sich dann aber zu Einstellungen verfestigt. Dazu gehören sowohl neoliberale Fragmente als auch das Schimpfen auf „die da oben“ und „die anderen“, wie es der Rechtspopulismus propagiert.

Sollte diese Überlegung zutreffen, holen Rechtspopulisten etliche Personen – darunter eben auch etliche Nichtwähler_innen – also nicht nur bei ihren bereits vorhandenen Meinungstendenzen ab, sondern tragen auch zur Meinungsbildung bei, wie dies am Beispiel der Meinung über Muslime oder Geflüchtete derzeit besonders

³ Der Begriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde von Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der gleichnamigen Langzeitstudie (2002–2011) in die Debatte eingeführt. Angenommen und empirisch bestätigt wurde der enge Zusammenhang zwischen abwertenden und ausgrenzenden Einstellungen gegenüber einer ganzen Reihe sozialer Gruppen (d. h. anhand eines gemeinsamen Merkmals wie Geschlecht, Ethnie oder Religion sozial konstruierter Gruppen) (u. a. Groß/Zick/Krause, 2012).

sichtbar ist. Zugleich ist die Haltung vieler Nichtwähler_innen wenig eigeninitiativ, auch zu erkennen an der Ablehnung von Partizipationsangeboten. Die negativkritische Haltung der Nichtwähler_innen, die sich hier herauskristallisiert, könnte also weniger ein Indikator für „kritisches politisches Denken“ als vielmehr für ein passives Eingerichtetsein im durchaus auch bequemen Nörgeln sein – dass damit bei einigen ein demokratiekritisches, menschenfeindliches und im Extremfall gewaltbereites Klima schafft.

Die kritische Frage ist, wie sich diese Bevölkerungsgruppe politisch erreichen lässt. Hier dürften weniger die üblichen politischen Angebote und auch nicht entsprechend zugeschnittene politische Inhalte erfolversprechend sein. Vielmehr – dies legen auch vorangegangene Nichtwähler-Analysen nahe – dürfte hier eine unmittelbare, personenbezogene, aufsuchende und abholende politische Arbeit nötig sein. Eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Politikeinstellungen und Politikhoffnungen, in der Bewohner dreier in Sozialstruktur und Wohnlage sehr unterschiedliche Stadtteile in Fokusgruppen interviewt wurden, macht deutlich, dass den Nichtwähler_innen Partizipationsmöglichkeiten im Stadtteil viel weniger bekannt sind und sie diese auch seltener nutzen als Wähler_innen. Offenbar reicht, so der Schluss der Autor_innen, allein das Angebot von Partizipationsmöglichkeiten nicht aus, um Nichtwähler_innen einzubinden. Vielmehr seien vor allem Ansprechbarkeit und Vertrauensbildung durch Parteien und politische Akteure wichtig (Blaeser/Butzlaff/Micus/Pausch/Skalabrino 2016).

Die Gefahr besteht, dass diese Arbeit sonst von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien übernommen wird. Die NPD hat dies etliche Jahre in einigen Regionen der neuen Bundesländer getan und nicht zuletzt dadurch Erfolge bei Kommunal- und Landtagswahlen eingefahren. Gefragt sind sicher weniger die klassischen Angebote der politischen Bildung. Erfolgversprechender dürften vielmehr aufbauende und einbindende zivilgesellschaftliche Angebote sein, die sich aus einer Mischung aus abholender und aufsuchender Sozialarbeit, Community-Bildung, Unterstützungsangeboten für alltägliche Probleme, Begegnungsmöglichkeiten, dem persönlichen Erleben und Üben von Kompromissen und Solidarität im eigenen Nahbereich und auch ein bisschen Spaß zusam-

mensetzen. Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Angeboten, die erfolgreich in abgehängten Regionen arbeiten, könnte hier zur Anregung dienen. Beispiel ist der Projektverbund „Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum“ der Amadeu Antonio Stiftung, gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Ziel ist es hier, Neonazis, die strategisch Kommunikationsräume in ländlichen Regionen besetzen, etwas entgegenzusetzen. Bürger_innen sollen durch neue Formen des Engagements, das auch jene einbindet, die sich sonst nicht unbedingt engagieren, zu Austausch und Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen und rechtsextremen Inhalten angeregt werden. Gearbeitet wird hier mit soziokulturellen und künstlerischen Methoden, die auf Aktivierung setzen und die Bürger_innen vor Ort an ihren lokalen Interessen abholen, z. B. durch die Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte anhand von „Denkmälern“, der Entdeckung couragierter Held_innen im Dorf oder dem gemeinsamen Kochen mit Produkten aus den eigenen Gärten. Letztlich soll damit der Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft in diesen sehr ländlichen und oft als abgehängt geltenden Regionen gefördert und unterstützt werden.

Eine interessante Gruppe sind die noch Unentschlossenen, die in vielen Aspekten mehr den Wähler_innen als den Nichtwähler_innen ähneln. Sie sind insgesamt vorsichtiger – verorten sich vor allem genau in der Mitte und antworten häufig mit „weiß nicht“. Diese Gruppe ist ebenfalls vergleichsweise politisch inaktiv und scheint auch für rechtspopulistische Parolen offen zu sein. Dennoch scheinen die Unentschlossenen deutlich leichter für demokratische Werte und Partizipation gewinnbar zu sein. Ihren Lebensalltag meistern sie offenbar vergleichsweise gut und ihr sozialer Hintergrund ist abgesichert. Die Unentschlossenen sind eher durch politische Unwissenheit und Unsicherheit charakterisiert. Hier dürften klassische Angebote der politischen Bildung, die aber auf persönliche Einbindung und Beziehungen setzten, erfolgreich sein.

► Nichtwähler_innen können ggf. als „politisch Enttäuschte“ beschrieben werden, bei denen die eigene prekäre soziale Lage zu politischer Distanz und Zugänglichkeit für rechtspopulistische Angebote führt. Zugleich spiegelt sich hierin möglicherweise aber auch

ein weit verbreitetes und auch recht bequemes Negativ-Narrativ, das schlicht nacherzählt wird, ohne dass sich hierin tatsächlich politische Kritik ausdrückt. So oder so – Nichtwähler_innen dürften weniger durch klassische politische Angebote und Inhalte erreichbar sein, sondern eher durch zugewandte, aktivierende und einbindende Arbeit vor Ort.

- Unentschlossene könnten deutlich eher für die politische Partizipation auf Basis demokratischer Grund-

werte gewonnen werden. Sie könnten am ehesten für Themen und Aktivitäten mit engem bzw. deutlich gemachtem Bezug zu ihrem eigenen Leben interessiert werden.

- In beiden Fällen – bei Nichtwähler_innen wie bei den Unentschlossen – dürfte weniger die intellektualisierte politische Ansprache einer kognitiv orientierten politischen Bildung als eher Ansätze aus der Community Building und der Sozialen Arbeit motivierend sein.

Literaturverzeichnis

- Blaeser, Maximilian/Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Pausch, Robert/Scalabrino, Giannina (2016). Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnung in Göttinger Stadtvierteln. *Empirische Sozialforschung* 5, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Caballero, Claudio (2005). Nichtwahl. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialforschung.
- Faas, Thorsten (2010). Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 17, 1. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002–2011). *Deutsche Zustände*, Folge 1–10. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Groß, Eva/Zick, Andreas/Krause, Daniela (2012). Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 16/17, 11–18.
- Groß, Eva/Hövermann Andreas (2014). Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte? In: Zick, Andreas/Klein, Anna: *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz-Verlag, S. 107–118.
- Güllner, Manfred (2012). Nichtwähler in Deutschland 2012. Hrsg. von Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Kaeding, Michael/Haußner, Stefan (2016). Gut bekannt und unerreicht? Nichtwähler und Wahlbeteiligung. Hrsg. von Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Klein, Anna/Hüpping Sandra (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 7. Frankfurt a. M./Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 68–88.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela (2015). PEGDIA in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*. Hrsg. von Ralf Melzer/Dietmar Molthagen für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.
- Neu, Viola (2012). ‚Dann bleib ich mal weg‘ – Der Mythos der Partei der Nichtwähler. Konrad-Adenauer-Stiftung – Forum empirische Sozialforschung.
- Vehrkamp, Robert (2015). Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. In: *Einwurf – Zukunft der Demokratie* 2/2105.
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz-Verlag.

Abbildung 1: Zusammengefasster Index (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 11

Abbildung 2: Politische Selbstverortung der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 12

Abbildung 3: Einstellungen zu Parteien und Politiker_innen der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent..... 13

Abbildung 4: „Die Argumente der Partei Alternative für Deutschland (AfD) sind oft überzeugend.“ (2014) Zustimmung in Prozent 15

Abbildung 5: Politische Partizipation jenseits von Wahlen der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil derjenigen, die diese Partizipationsmöglichkeit schon genutzt haben oder nutzen würden in Prozent 16

Abbildung 6: Rechtspopulistisches Potenzial bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil derjenigen, die im deutlichen Zustimmungsbereich liegen, in Prozent 17

Abbildung 7: Rechtspopulistische Einstellungen bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil in Prozent 17

Abbildung 8: Gewaltaffinität bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Anteil in Prozent 19

Abbildung 9: Marktförmiger Extremismus bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014) (ausgewählte Items). Anteil in Prozent 21

Tabelle 1: Demographische Struktur der Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (Studie „Fragile Mitte“ 2014). Angaben in Prozent..... 9

Tabelle 2: Indikatoren von (relativer) Deprivation bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 11

Tabelle 3: Einstellungen zu Politik und Parteien von Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 14

Tabelle 4: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 18

Tabelle 5: Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft bei Wähler_innen, Nichtwähler_innen und Unentschlossenen (2014). Zustimmung in Prozent 21

Die Autorin

Dr. Beate Küpper, Dipl.-Psych., ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach und arbeitet zu den Themen Vorurteile, Diskriminierung, Diversity und Integration. Am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld war sie viele Jahre in das Langzeitprojekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland eingebunden, hat das gleichnamige Projekt in Europa koordiniert und ist Mitautorin der FES-Mitte-Studie 2014 und 2016. Sie ist Mitglied der Redaktion der neu gegründeten Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ für Wissenschaft und Praxis, die im Wochenschau Verlag erscheint.

